

Bedroht das Geld die Wirtschaft?

Vieles wird in diesen Tagen über die Frankenstärke oder die Eurokrise geschrieben. Vom Bundesrat werden grosse Taten gefordert oder beabsichtigte Schritte heftig kritisiert. Systemfehler bei der Entschädigung von Mitarbeitern und unsaubere Verflechtungen bis hin zum Bankgeheimnis beginnen sich zu rächen. Die Verschuldung und das grosszügige Leben auf Kosten anderer wird zur Bedrohung vieler.



Was soll die Politik nun wirklich tun?

Wenn man bedenkt, dass eben nicht nur der Tourismus und die Exportwirtschaft von den Veränderungen betroffen sind, sondern im Wesentlichen für vier Wirtschaftsgruppen bedeutende Veränderungen in grosser Geschwindigkeit vor sich gehen, sind die Massnahmen gut abzuwägen. Nebst den erwähnten Wirtschaftszweigen, sind die Importeure von Gütern aus dem Ausland und die Produzenten von Gütern und Lebensmittel direkt betroffen. Aber auch Detailhändler haben in der Regel nicht viel zu lachen.

Während die Produzenten durch immer billigere Importe stark bedroht werden, verdienen einige mit dem Import viel Geld. Zum einen geben sie die Währungsgewinne nicht weiter und schwächen dadurch ihre eigenen Kunden oder sie können durch den Preisvorteil den Marktanteil der Importe ausdehnen und gefährden dadurch Arbeitsplätze in der Schweiz.

Die Massnahmen vom Bundesrat sind nicht so schlecht

Trotz den Worthülsen mit welchen in der Politik gefochten wird, liegt der Bundesrat mit den verkündeten Massnahmen nicht schlecht. Mit dem Ausspruch, dass man besser in die Bildung als in die Arbeitslosenkasse investiere, erntet man bestimmt Zuspruch. Beim genaueren Hinsehen, wird aber klar, dass Investitionen in die Bildung frühestens in ein paar Jahren spürbar sind. Die Zunahme bei den Arbeitslosen wird jedoch viel früher eintreffen. Zudem ist zu bedenken, dass die von der Arbeitslosigkeit am stärksten Betroffenen nicht beliebig oder fast nicht bildungsfähig sind. Trotzdem sind weitere Massnahmen sinnvoll und hilfreich. Die wichtigsten Massnahmen sind jedoch in der Wirtschaft selber zu finden. Die Summe der korrekten Weiterverrechnungen der Währungsschwankungen ist bedeutend grösser als die möglichen Massnahmen der Politik.

Was ist zu tun?

- ❖ Durch die Ausdehnung vom Beherbergungssatz der Mehrwertsteuer auf andere touristische Bereiche kann eine Entlastung für die Gäste aus dem In- und Ausland erreicht werden.
- ❖ Die Kostenumlagerung von der AHV zur Mehrwertsteuer entlastet die Arbeit und belastet die Importe. (Erhöhung der MwSt und gleichwertige Senkung der AHV-Lohnprozente)
- ❖ Die bereits bei der Energiepolitik vorgeschlagene Kostenumlagerung von der Familienausgleichskasse und der Arbeitslosenversicherung bringt auch im Währungskonflikt wichtige Vorteile.
- ❖ Günstige Kredite für nachhaltige Projekte können die geplanten Massnahmen in der Forschung sinnvoll ergänzen.
- ❖ Förderbeiträge an das vorhandene Standortmarketing erachte ich als zweckmässige Unterstützung für den Tourismus und Regionalprojekte.

Was ist zu unterlassen?

- Keine Direktzahlungen an Firmen (Gewinne verteilen, Verluste verstaatlichen)
- Keine kurzfristigen Massnahmen
- Keine Steuergeschenke
- Keine Marktverzerrung

Keine Wunder von der Regierung aber vielleicht eines vom Volk?

Die möglichen Schritte der Regierung sind wichtig aber sie alleine werden keine Wunder bewirken. Als reichstes Volk dieser Erde, haben wir jedoch einiges selber in der Hand. Nicht durch Subventionen, sondern durch Solidarität mit den Anbietern aus der Region, können wir etwas bewegen. Der Kauf von Erzeugnissen aus der Schweiz, mit möglichst kurzen Transportwegen, anstelle von Produkten mit viel grauer Energie, ermöglichen dem Werkplatz Schweiz eine Zukunft. Ob es unserem Land gut oder schlecht gehen soll entscheiden wir als Konsumenten und als Investoren.

Markus Wenger

Geschäftsführer Wenger Fenster

Leiter KMU-Forum EVP Schweiz